Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 42 (1966-1967)
Heft: 11

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Reck, Oskar
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1079711

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

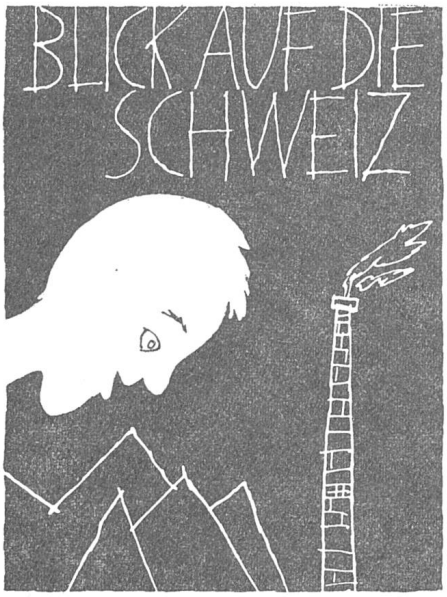
Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Oskar Reck

Politik für Geld



Der Bundesstadt-Redaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» hat seinem Blatt einen Rückblick auf die Juni-Session der eidgenössischen Räte zukommen lassen, aus dem die folgenden Sätze stammen: «Unangenehm fiel in der Tabakdebatte des Nationalrates erneut das massive Engagement der in verschiedenen Nuancen am Tabak interessierten Ratsmitglieder auf. Offen deklariert, mögen solche Verbindungen angehen; die Kenntnis der Lage erlaubt es dann, ein Votum entsprechend zu bewerten. Dient aber das politische Prestige eines Parlamentariers dazu, getarnte Interessen wahrzunehmen, wirkt dieses Vorgehen ungut, ja beklemmend. Der ehedem streng geübte Brauch, in den Ausstand zu treten oder mindestens zu schweigen, wenn persönliche wirtschaftliche Interessen zur Debatte stehen, scheint jedenfalls erheblich durchlöchert zu sein.»

Das ist ein deutlicher Hinweis auf die Herausbildung eines Zustandes, der sich schlecht mit den bisherigen Vorstellungen von Volks- und Standesvertretung verträgt. Wie ungehemmt heute auf dem Gebiete politischer Beeinflussung operiert wird, geht aus dem Bericht eines andern Berichterstatters hervor. Dieser ließ in einen parlamentarischen Kommentar für seine Blätter – die «Basler Nachrichten» und die «Thurgauer Zeitung» – die folgende Episode einfließen: «Ein angesehener Standesvertreter aus dem Welschland erzählte dieser Tage dem Chronisten, daß ein Interessenverband ihm für die Übernahme eines Mandates ein Jahreshonorar von 30 000 Franken offeriert habe. Er hätte nichts anderes zu tun gehabt, als etwa sechsmal jährlich an einer Sitzung zu erscheinen, mit einer Sekretärin ein paar administrative Arbeiten zu erledigen und – eben – seinen politischen Einfluß in Bern für jene Organisation wirksam zu machen. Der Gewährsmann des Chronisten hat ein solches Mandat abgelehnt; andere sind offenbar weniger widerstandsfähig.»

Angebote dieser Art wären schwerlich im Umlauf, wenn nicht mit der Käuflichkeit von Parlamentariern gerechnet würde. Im Falle des Tabakgeschäftes, aber auch bei andern Gelegenheiten ist offenkundig geworden, daß es auch hierzulande eine gewisse Bereitschaft gibt, sich für Geld in eine bestimmte Politik einspannen zu lassen. Dabei hat der Berner Redaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» vollkommen recht: Schlimm sind weniger die offenkundigen Interessenvertretungen, wie Präsidenten und Sekretäre von Verbänden sie betreiben, als vielmehr die versteckten Interventionen von Parlamentariern mit schwer oder überhaupt nicht erkennbaren Bindungen. Die Vorstöße dieser letzteren Kategorie nämlich suchen den Anschein völliger Unabhängigkeit zu erwecken, während sie in Wahrheit bezahlten Aufträgen entsprechen.

Man ist leicht geneigt, vor derartigen Auswüchsen nach Schranken und Verboten zu rufen. Aber damit wäre wenig zu erreichen, weil manche dieser Fälle kaum zu erfassen sind. Wirkungsvolleres ließe sich wohl publizistisch und parteipolitisch erzielen. Publizistisch: indem man in den Parlamentsberichten gnadenlos jede aufgespürte versteckte Querverbindung zu Geldgebern veröffentlichte – und wir leben ja in einem porösen Staatsgebilde. Parteipolitisch: indem man Parlamentarier fallen ließe, die ihres öffentlichen Mandates unwürdig sind, weil sie ihre Wähler mit derartigen Bindungen recht eigentlich prellen. Aber auch das Parlament selbst hätte – in der Bestellung seiner Kommissionen – die Möglichkeit einer seriösen Selbstkontrolle. Es wird sie nutzen müssen, wenn sein Ansehen auf der Höhe seines Auftrages bleiben soll.

Grammatiken und Wörterbücher des Schweizerdeutschen

Albert Weber und Prof. Dr. Eugen Dieth — **Zürichdeutsche Grammatik**
Überarbeitete Neuauflage 400 Seiten, Fr. 15.80

Ludwig Fischer — **Luzerndeutsche Grammatik**
557 Seiten, Fr. 15.40

Albert Weber und Jacques M. Bächtold — **Zürichdeutsches Wörterbuch**
330 Seiten, Fr. 14.80

Hans Bossard und Peter Dalcher — **Zuger Mundartbuch**
320 Seiten, Fr. 11.80

*
Schweizer Spiegel Verlag Zürich